



DIE NEUEN SOZIALSTAATSIDEEN DER SPD

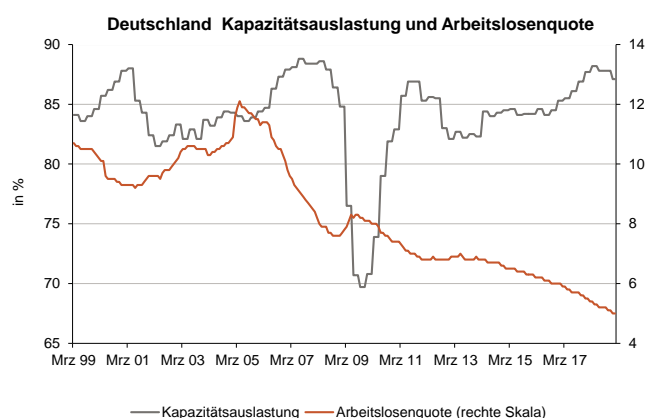
von Dr. Jörn Quitzau

Die SPD kämpft gegen ihren politischen Bedeutungsverlust. Wohl aus diesem Grund präsentierte sie zuletzt in kurzer zeitlicher Abfolge mehrere bemerkenswerte Reformvorschläge. Den Anfang machte Ende Januar Bundesfinanzminister Olaf Scholz: Der Spitzensteuersatz könne seiner Meinung nach für „sehr hohe Einkommen“ um drei Prozentpunkte auf 45 % steigen. Anfang Februar folgte Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil mit der Idee einer Grundrente, die für langjährige Versicherte deutlich über dem bisherigen Grundsicherungs-Niveau liegen soll. Damit solle die Lebensleistung der betreffenden Bürger stärker honoriert werden. Das Thema „Lebensleistung honorieren“ findet sich auch in dem am vergangenen Wochenende vorgestellten Reformpapier „Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ an mehreren Stellen wieder. So soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für Personen mit langen Beitragszeiten verlängert werden, um deren Lebensleistung stärker zu berücksichtigen. Die SPD scheint also ihr sozialpolitisches Profil schärfen und die von ihrem Ex-Kanzler Gerhard Schröder durchgesetzte „Agenda 2010“ mindestens in Teilen hinter sich lassen zu wollen. Mit der Reformagenda 2010 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung den verkrusteten Sozialstaat aufgebrochen, den Arbeitsmarkt grundlegend reformiert und den Fokus weg von der staatlichen Versorgung hin zu mehr Eigenverantwortlichkeit der Bürger gelenkt.

Das neue Konzeptpapier der SPD verknüpft – sprachlich durchaus geschickt – die beiden Aspekte „Verteilungsgerechtigkeit“ und „aktivierender Sozialstaat“. So soll zum Beispiel die Arbeitslosenversicherung zu einer solidarischen Arbeitsversicherung weiterentwickelt werden, „...die nicht nur bei Arbeitslosigkeit auf den Plan tritt, sondern dabei hilft, dass Arbeitslosigkeit gar nicht erst eintritt.“ Der Blick auf Abbildung 1 zeigt allerdings, dass genau dies mit Hilfe der Agenda 2010 bereits ausgesprochen gut gelungen ist. Seit die Reformagenda im Jahr 2003 beschlossen und anschließend umgesetzt wurde, ist die deutsche Arbeitslosenquote von rund 12 % auf 5 % gesunken – und das trotz des großen Konjunkturereintruchs während der globalen Finanzkrise. Gemessen am volkswirtschaftlichen Ergebnis ist

die Agenda 2010 also ein voller Erfolg, den die SPD allerdings politisch nicht für sich zu nutzen wusste. Im Gegenteil: Während die SPD von den Wählern nach und nach geschrumpft wurde, ist die ökonomische Erfolgsgeschichte offenbar eher den Nachfolge-Regierungen unter der Führung von CDU/CSU zugerechnet worden. Bei der Agenda 2010 hat die SPD also vor allem Reformbedarf in Sachen Selbstmarketing.

Abbildung 1: Arbeitsmarkt-Boom dank Agenda 2010



Quelle: Bloomberg

Digitaler Umbruch und Sozialpolitik

Nun könnten wegen des digitalen Umbruchs in der Wirtschaft künftig tatsächlich andere Konzepte als bisher nötig sein. Das neue SPD-Papier zeigt sich hier sprachlich auf der Höhe der Zeit, indem es zum Beispiel von „Plattformwirtschaft“ oder von „agilen Teamformationen“ im hochqualifizierten Beschäftigungssegment schreibt. An dieser Stelle adressiert die SPD sogar einen prinzipiell wichtigen Punkt, denn die Ungewissheit über den Ausgang der digitalen Transformation beschäftigt viele Menschen: Erleben wir gerade einen neuen Strukturwandel, an dessen Ende genauso viele Arbeitskräfte wie bisher benötigt werden? Oder führt die Digitalökonomie zu einer Art Massenarbeitslosigkeit?¹ Für den zweiten Fall, in dem die Digitalisierung deut-

¹ Vgl. Berenberg/HWWI (2015), Digitalökonomie, in: Strategie 2030, und Quitzau, Jörn (2018), Digitaler Umbruch: Immense

lich mehr Arbeitsplätze vernichtet, als sie neue Arbeitsplätze schafft, wären grundlegend andere sozialpolitische Konzepte nötig.

Erfreulicherweise erteilt die SPD der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens, die in manchen Kreisen als Allheilmittel bei sozialen Problemen propagiert wird, eine klare Absage. Sie schlägt stattdessen ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor: Mehr staatliche Hilfen für Aus- und Weiterbildung, mehr zeitliche und räumliche Flexibilität für die Arbeit (z.B. durch Home Office-Möglichkeiten) und ein engmaschigeres soziales Netz für den Fall, dass der digitale Wandel zum temporären Arbeitsplatzverlust führt. Die neuen Ideen der SPD können deshalb als willkommene Diskussionsgrundlage – nicht als endgültige Lösung – für eine Sozialpolitik in einer digitalisierten Wirtschaft verstanden werden.

Das alte Problem der Sozialdemokratie

Das SPD-Papier ist aber auch von dem alten Problem der Sozialdemokratie geprägt (und die Vorschläge von Olaf Scholz und Hubertus Heil sind es ebenfalls): Wachstum und verteilter Wohlstand werden praktisch als gegeben vorausgesetzt. So heißt es in der Einleitung: „Durch den technologischen Wandel wird uns die Arbeit nicht ausgehen, sie wird sich nur stark und immer schneller verändern.“ Damit macht es sich die SPD sehr einfach, weil sie die Voraussetzungen für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze einfach ausblendet. Sie geht pauschal davon aus, dass trotz Digitalisierung und intensivem internationalen Wettbewerb genügend Arbeit in Deutschland vorhanden sein wird.

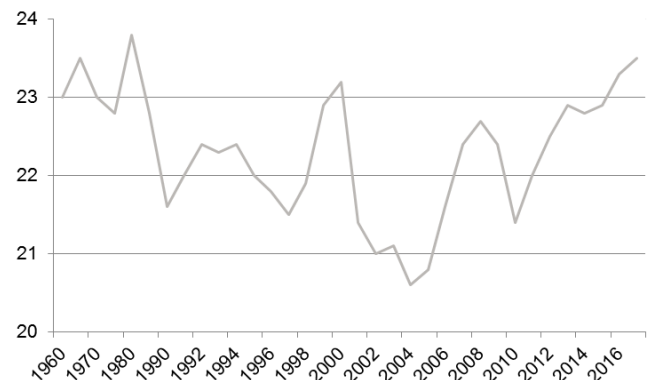
Auch wenn das SPD-Papier die Veränderungen, die die Digitalisierung für die Arbeitnehmer mit sich bringen könnte, immer wieder betont, bleibt die größte Sorge der Menschen letztlich doch außen vor: Dass es nämlich zu massenweisen Arbeitsplatzverlusten kommt und die Veränderungsgeschwindigkeit so hoch ist, dass auch Umschulungsmaßnahmen, die zwei oder drei Jahre dauern, nicht mehr weiterhelfen. Und wenn die SPD schon von der Plattformwirtschaft spricht, dann müsste erst einmal sichergestellt sein, dass große Plattformunternehmen ihre Heimat in Deutschland haben. Nur dann gibt es die Ar-

beitsplätze und das Steueraufkommen, die die SPD für ihre Pläne benötigt.

Wenn man aber außer Acht lässt, dass Wohlstand erst einmal erwirtschaftet werden muss, lässt sich leicht über einen kräftigen Anstieg des Mindestlohns, über höhere Renten oder höhere Steuern reden. Es geht dabei recht holzschnittartig zu. Olaf Scholz garnierte seine Idee eines um drei Prozentpunkte höheren Spitzensteuersatzes von 45 % mit dem Hinweis, zu Zeiten des Kanzlers Helmut Kohl habe der Spitzensteuersatz mal bei 56 % gelegen. Dazu muss man aber unter anderem wissen, dass die Steuerbemessungsgrundlage damals deutlich löchriger war. Der hohe Spitzensteuersatz war deshalb nötig, weil es im Vergleich zu heute viel mehr Möglichkeiten gab, dem Steuerzugriff auszuweichen. Die Steuerreform nach der Jahrtausendwende unter dem SPD-Finanzminister Hans Eichel folgte deshalb der Erkenntnis, dass ein Steuersystem mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen besser ist, als ein System mit hohen Sätzen und einer schmalen Bemessungsgrundlage.

Dem Staat haben die niedrigeren Sätze offensichtlich nicht geschadet, denn die Steuerquote (Steuereinnahmen in % des BIP) ist heute höher als im Jahr 1985, als der Spitzensteuersatz noch bei 56 % lag. Hohe Steuereinnahmen sind eben vor allem das Ergebnis von Wirtschaftswachstum und hoher Beschäftigung. Höhere Steuersätze könnten hingegen die Arbeits- und Investitionsanreize wieder schwächen und somit negativ auf die Dynamik wirken.

Abbildung 2: Hohe Steuerquote dank wirtschaftlicher Dynamik



Steuerquote in % des BIP. Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Ebenfalls problematisch ist der Renten-Vorschlag von Hubertus Heil. Es ist ehrenwert, die Bezieher niedrigster Ren-

ten besserstellen zu wollen. Doch in wenigen Jahren werden die ersten geburtenstarken Jahrgänge (Baby-Boomer) das Renteneintrittsalter erreichen und dann kommen erhebliche fiskalische Lasten auf den Staat zu. Die Rentenversprechen werden ohnehin schwer zu finanzieren sein, neu geschaffene Ansprüche haben deshalb durchaus finanzielle Sprengkraft.

Teure Geschenke in der Spätphase des Konjunkturbooms

Das SPD-Papier und die Vorschläge der Minister treffen an manchen Stellen durchaus den Zeitgeist. Mit den sozial- und verteilungspolitischen Themen zielt die SPD auf die traditionelle Kernwählerschaft. Mit den Ideen zur Digitalisierung werden jüngere Wähler angesprochen. Und schließlich zielt die SPD wohl auch auf das bürgerliche Lager, wenn sie die Bezugszeit von Arbeitslosengeld für diejenigen ausweiten will, die zuvor lange eingezahlt haben. Zwar ist eine Versicherung kein Sparvertrag, aus dem man mehr herausbekommt, wenn man länger eingezahlt hat, aber die Sorge, im Falle der Arbeitslosigkeit schon nach einem Jahr die eigenen Ersparnisse anzapfen zu müssen, wird weit verbreitet als ungerecht empfunden.

Die SPD möchte nun also in der Spätphase des Konjunkturbooms teure Geschenke verteilen. Spannend wird sein, wie die Koalitionspartner von CDU und CSU reagieren. Mit der Rückkehr von Friedrich Merz und der neuen Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer wollte die Union eigentlich ihr wirtschaftspolitisches Profil wieder schärfen. Für Gesprächsstoff innerhalb der Koalition ist auf jeden Fall gesorgt.



IMPRESSUM

Makro-Team

Chefvolkswirt

Dr. Holger Schmieding | Chefvolkswirt
+49 40 350 60-8021 | holger.schmieding@berenberg.de

Hamburg

Dr. Jörn Quitzau
+49 40 350 60-113 | joern.quitzau@berenberg.de

London

Dr. Florian Hense
+44 20 3207 -7859 | florian.hense@berenberg.com

Kallum Pickering

+44 20 3465 -2672 | kallum.pickering@berenberg.com

New York

Dr. Mickey Levy
+1 646 949 -9099 | mickey.levy@berenberg.com

Roiana Reid

+1 646 949 -9098 | roiana.reid@berenberg.com

Berenberg Makro erscheint zu folgenden Themen:

- ▶ Aktuelles
 - Geldpolitik
 - Konjunktur
 - Schwellenländer
 - Trends
 - Währungen

www.berenberg.de/publikationen